

Europa steigt aus – oder?

Ein Blick über den Kontinent

Aus deutscher Sicht erscheint das Thema Atomkraft im letzten Kapitel angekommen. Der gesellschaftliche Diskurs ist gewonnen, die Ewiggestrigen, die bis zuletzt an den hohlen Versprechen der Atomlobby hingen, sind verstummt. Atomenergie hat keine Zukunft in diesem Land, das Ende des letzten Meilers ist in Sicht und jetzt geht es scheinbar nur noch darum, wie Staat und Gesellschaft mit den toxischen Hinterlassenschaften des Atomzeitalters möglichst verantwortungsvoll und umsichtig umgehen.

Doch blickt man über den Tellerrand unseres nationalen Diskurses, stellt man fest, dass die Schlacht in anderen Teilen Europas noch nicht geschlagen ist. Immer noch gibt es Länder, in denen es die Atomlobby schafft, mit ihrer Propaganda die öffentliche Meinung und die Politik zu beeinflussen. Ein Blick über den europäischen Kontinent zeigt die divergierenden Stadien auf, in denen sich die einzelnen Länder befinden.

Die Sauberen

29 Staaten quer durch Europa hatten nie Atomkraftwerke oder haben diese bereits abgeschaltet: **Island, Irland, Norwegen, Dänemark, Estland, Litauen, Lettland, Polen, Österreich, Liechtenstein, Luxemburg, Bosnien-Herzogo-**

wina, Montenegro, Kroatien, Serbien, Kosovo, Nord-Mazedonien, Albanien, Moldawien, Griechenland, Italien, San Marino, Monaco, der Vatikan, Portugal, Andorra, Malta, Aserbaidschan und Georgien. In einigen Ländern, wie Österreich und Italien, wurde die Atomkraft durch Gesetze und Volksentscheide verboten und existierende Atomkraftwerke abgeschaltet, während Polen als einziges Land ohne Atomenergie immer wieder mit dem Gedanken spielt, einzusteigen (siehe Seite 24).

Die Aussteiger

Sieben Staaten mit laufenden Atomkraftwerken steuern derzeit auf einen Ausstieg hin: **Deutschland, Belgien, Schweden, die Schweiz, die Niederlande, Spanien und Slowenien.**

Deutschland hat den Atomausstieg nach Fukushima festgelegt und seitdem bereits zehn der insgesamt 17 Atomreaktoren abgeschaltet. Bis Ende 2022 sollen auch die verbleibenden sieben Reaktoren vom Netz gehen, die Energieproduktion durch Effizienz- und Sparmaßnahmen, erneuerbare Energien und Gaskraftwerke aufgefangen werden. Gleichzeitig hält Deutschland an der Urananreicherung in Gronau und der Brennstäbelfertigung in Lingen fest, forscht in Karlsruhe an neuen Atomtechnologien und setzt sich auch auf internationaler

Ebene weiterhin für die Förderung der Atomenergie ein, so dass der von der Bevölkerung erkämpfte Atomausstieg von Seiten der Regierung weiterhin untergraben wird.

Spanien, die Schweiz und Schweden

eint eine politische Zwiespältigkeit bezüglich der Atompolitik. Sowohl die Schweiz als auch Spanien und Schweden hatten einst militärische Atomprogramme, die eine robuste zivile Atominfrastruktur voraussetzte. Mittlerweile haben alle drei Länder den Griff nach der Bombe aufgegeben, die zivile Atomindustrie jedoch ist geblieben. In allen drei Ländern und auch in Belgien gab es politische Beschlüsse zum Atomausstieg, die mit der Zeit relativiert oder sogar zurückgenommen wurden – ähnlich wie dies in Deutschland durch die Entscheidung zur Laufzeitverlängerung 2010 geschah, wo der mühsam austarierte gesellschaftliche Konsens zum Atomausstieg durch Druck aus der Industrie torpediert wurde.

Spätestens seit der Atomkatastrophe von Fukushima jedoch hat sich in all diesen Ländern die Erkenntnis durchgesetzt, dass neue Atomreaktoren politisch nicht realisierbar sind. So steuern Belgien, Spanien, die Schweiz und Schweden alle unweigerlich auf ein Ende der zivilen





Atomenergie zu, wenn auch in unterschiedlichem Tempo, wie in zwei Schwerpunktartikeln in diesem Heft noch näher erläutert wird. In den **Niederlanden** und in **Slowenien** steht jeweils noch ein Atomreaktor. Beide sollen bis zum Ablauf der Laufzeit betrieben und dann nicht mehr ersetzt werden.

Die Einsteiger

Mit massiver finanzieller und logistischer Unterstützung aus Russland planen zwei Länder in Europa den Einstieg in die Atomenergie: **Weißrussland** und die **Türkei**.

Obwohl **Weißrussland** von der Atomkatastrophe von Tschernobyl so umfassend betroffen war, wie kein anderes Land, hat sich die autoritäre Regierung den Einstieg in die Atomenergie auf die Fahnen geschrieben. Mit finanzieller und logistischer Unterstützung durch Russland baut der Staat seit 2013 in Astravets, an der Grenze zu Litauen, zwei Atomreaktoren, die Ende 2019 bzw. Mitte 2020 ans Netz gehen sollen.

In der **Türkei** wird seit 2015 ein AKW gebaut. 2019 wurde das Fundament des ersten Reaktors in Akkuyu fertig gestellt, der 2023 ans Netz gehen soll. Drei weitere

Reaktoren sind auf dem Gelände geplant. Das AKW wird von der russischen Staatsfirma Rosatom gebaut und soll auch nach Fertigstellung in russischem Besitz bleiben und betrieben werden. Neben dieser einseitigen Vertragslage wird auch die Erdbebengefahr in der Region und die mangelnde Sicherheitskultur in der Türkei als kritisch gesehen. Ein weiteres AKW-Projekt in Sinop, welches mit japanischer Hilfe gebaut werden sollte, wurde 2018 aus wirtschaftlichen Gründen beendet. Ein drittes Projekt im erdbebengefährdeten Ostthrakien, nahe Istanbul, wurde bislang nicht weiter verfolgt.

Profitieren dürfte von diesen Deals vor allem Russlands militärische und zivile Atomindustrie, denn durch den Bau von Atomkraftwerken im Ausland erzeugt man eine Nachfrage an Ingenieuren, Wissenschaftlern, Technikern und Zulieferern, die auch für das militärische Atomprogramm dringend benötigt werden. Der Export ziviler Atomtechnologie führt so zu einer indirekten Quersubventionierung von Forschung, Entwicklung, Nachwuchsförderung und Ausbildung im militärischen Bereich der Atomindustrie – ein Prinzip, wie es ganz ähnlich auch durch die USA, Frankreich und Großbritannien praktiziert wird.

Die Ausbauer

Zehn Staaten mit laufenden Atomreaktoren setzen offiziell weiter auf Atomkraft: Vier bauen aktuell bereits neue Meiler – **Finnland, Frankreich, das Vereinigte Königreich** und die **Slowakei** – in sechs Staaten sind neue Reaktoren in Planung (Armenien, Rumänien, die Tschechische Republik, die Ukraine, Ungarn und Bulgarien). Haupttreiber der Bauprojekte sind die Atomwaffenstaaten Frankreich, Russland und China, die mit ihren Staatskonzernen Planung, Bau, Finanzierung und in einigen Fällen sogar den Betrieb übernehmen.

In **Finnland**, im **Vereinigten Königreich** und in **Frankreich** baut der französische Staatskonzern EDF derzeit jeweils ein neues Atomkraftwerk vom Typ EPR. Sowohl im finnischen Olkiluoto als auch im französischen Flamanville sind die Bauvorhaben mehr als zehn Jahre in Verzug. Die ursprünglich angesetzten Kosten haben sich an beiden Standorten mehr als verdreifacht. Die Debakel um den EPR führten zum Ausstieg von Siemens aus der AKW-Sparte und zum wirtschaftlichen Ruin der ebenfalls beteiligten Firma Areva. Mittlerweile wurde diese vom französischen Steuerzahler gerettet und die Bauprojekte somit künstlich am Leben erhalten. Die meisten Expert*innen rechnen mit weiteren Kostensteigerungen und Verzögerungen und einige zweifeln sogar daran, ob der EPR jemals in Betrieb genommen werden kann.

Dies wirft natürlich die Frage auf, weshalb ein Land wie das **Vereinigten Königreich** nun ebenfalls in Hinkley Point einen EPR bauen lassen will, obwohl jetzt schon klar ist, dass der eventuell irgendwann einmal erzeugte Strom deutlich teurer sein wird als Strom aus Photovoltaik, Windkraft, Gas oder anderen Energieformen. Auch hier scheint vor allem die Notwendigkeit einer nachhaltigen Quersubventionierung des strauchelnden militärischen Atomprogramms des Landes im Vordergrund zu stehen. Somit ist es unerheblich, ob Olkiluoto, Flamanville oder Hinkley Point jemals ans Netz gehen: der Nutzen für die Atomindustrie hat sich bereits durch den milliardenschweren und jahrzehntelangen Bau eingestellt. Es tut sich was, im Atomsektor – das soll die Botschaft sein.

In **Russland** sind, wie in anderen Atomwaffenstaaten auch, die zivile und militärische Atomindustrie eng mit einander verzahnt und werden mit großzügigen staatlichen Subventionen ausgebaut. Neben dem Bau neuer Atomwaffen wird daher auch in neue Atomkraftwerke investiert, in die Forschung und Entwicklung neuer Brennstoffe und Atomtechnologien und in sogenannte schwimmende Atomreaktoren, wie sie erstmals auf der Akademik Lomonossow eingesetzt werden sollen, welches im November 2019 die nördliche Stadt Perekhovo mit Strom versorgen soll. Von den 37 aktuell laufenden Reaktoren in Russland stammen 30 noch aus der Zeit vor Tschernobyl, sind also mittlerweile 30–50 Jahre am Netz. 2009 ging im AKW Rostow bei Wolgodonsk der erste Reaktorneubau nach über 20 Jahren Baupause ans Netz. Seit einigen Jahren unterstützt Russlands staatseigener Atombetrieb Rosatom Reaktorneubauten in Ländern, die für Russlands Außenpolitik geostrategische Bedeutung haben: in der Türkei baut und finanziert Russland das neue AKW in Akkuyu, welches auch von Rosatom betrieben werden soll. Weitere Länder, in denen Russlands Atomindustrie aktiv ist und den Bau von Atomkraft fördert sind Ungarn, die Slowakei, die Tschechische Republik, Weißrussland, Armenien, Kasachstan, Iran, Indien, China und Bangladesch. Im eigenen Land werden offiziellen Plänen zufolge aktuell vier neue Reaktoren ge-

baut, 23 weitere Reaktoren sollen landesweit in Planung sein, wobei Rosatom selbst kürzlich aufgrund der zunehmenden Unwirtschaftlichkeit von Atomstrom einen Großteil dieser Projekte auf unabsehbare Zeit verschoben hat. Von einem Ausstieg aus der Atomenergie ist Russland somit weit entfernt.

Neben diesen Staaten sind es vor allem die reaktionären Regierungen der vier Visegrád-Staaten, **Polen, die Tschechische Republik, Ungarn und die Slowakei**, die künftig auf Atomenergie setzen wollen. Die Bevölkerung in allen vier Ländern scheint der Technologie abgeschlossen gegenüber und während sich in Polen bis auf vollmundige Ankündigungen, irgendwann einmal eine Ausschreibung für den Bau eines Atomreaktors zu starten bislang nicht viel geschehen ist, gibt es in der **Tschechischen Republik** ernsthafte Pläne, am Standort Dukovany einen neuen Reaktor bauen zu lassen oder zumindest den existierenden so umzurüsten, dass er zwanzig Jahre länger laufen könnte. Im slowakischen Mochovce wurde 2008 nach 16jähriger Baupause mit italienischer Hilfe erneut mit der Konstruktion von zwei neuen Reaktoren begonnen. Mit einer Verzögerung von rund sechs Jahren sollen die Reaktoren nun dieses Jahr ans Netz gehen – trotz zahlreicher Berichte über Sicherheitsdefizite und Baupannen. Und auch in **Ungarn** baut der russische Konzern Rosatom am Standort Paks zwei Reaktoren. Pläne für neue Atomreaktoren in der **Ukraine, Armenien, Bulgarien und Rumänien** hingehen sind noch in sehr frühen Stadien und bislang nicht mehr als vage Ankündigungen.

Eine ausführliche Auflistung aller europäischer Staaten und ihrer aktuellen Atompolitik findet sich online unter:
www.ippnw.de/bit/atomausstieg_europa



Alex Rosen ist
Vorsitzender
der deutschen
IPPNW.